

---

Dr. Christina Baum

---

Liebe Leser,

endlich ist es soweit. Unser erstes Infoblatt zu meiner Arbeit als Landtagsabgeordnete ist fertiggestellt. Nun können Sie sich über wichtige, ausgewählte Themen ganz in Ruhe zu Hause informieren. Regelmäßig werden wir Sie nun über Highlights rund um's Ländle auf dem Laufenden halten. Alle Nachrichten stellen wir Ihnen auch online zur Verfügung. Schauen Sie einfach auf unserer KV – Seite nach. Haben Sie ein persönliches Anliegen? Dann kontaktieren Sie uns über unsere E-Mail-Adresse.

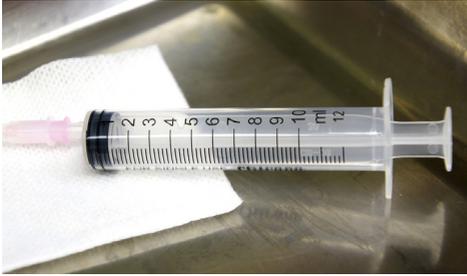
Es grüßt Sie ganz herzlich  
Ihre Dr. Christina Baum



## **Verpflichtende HIV-Untersuchungen in Gemeinschafts- und Erstaufnahmeeinrichtungen**

Stuttgart. „Im vollen Bewusstsein, dass die Anzahl von HIV-Neuinfizierungen bei Menschen nichtdeutscher Herkunft steigt, möchte Minister Manfred Lucha absolut gar nichts unternehmen, um die baden-württembergische Bevölkerung zu schützen“, so die sozialpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion Dr. Christina Baum fassungslos. Zuletzt im Jahr 2016 veröffentlichte das Robert Koch-Institut Zahlen (\*1), die eine sehr deutliche Sprache sprechen: „Bei den von Menschen nichtdeutscher Herkunft in Deutschland neu erworbenen HIV-Infektionen konnte eine Zunahme der Anzahl und des Anteils derer festgestellt werden, die aus dem Nahen Osten oder Nordafrika stammen, während die Erstdiagnosen für alle anderen Herkunftsregionen zurückgingen oder gleichblieben. Besonders besorgniserregend dabei ist, dass sich 55 Prozent der Nichtdeutschen in Subsahara-Afrika mit HIV infiziert hatten“, so Christina Baum.

Schutz der einheimischen Bevölkerung und des medizinischen Personals  
Diese Erkenntnis sollte Grund genug sein, aktuelle Zahlen der HIV-Neuinfizierten bekannt zu geben, erläutert die AfD-Landtagsabgeordnete. „Doch seit Monaten verweist die Landesregierung darauf, dass dies aufgrund der Umstellung der Datenbank nicht möglich sei.“ Als Zahnärztin und gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion hält es D. Christina Baum für zwingend geboten, eine verpflichtende HIV-Untersuchung in Gemeinschafts- und Erstaufnahmeeinrichtungen in die vorgeschriebene Untersuchung mit aufzunehmen – was vom grünen baden-württembergischen Sozialminister Manfred Lucha gestern allerdings kategorisch abgelehnt wurde. „Durch die massenhafte Einwanderung von Risikogruppen nach Deutschland ist es nicht nur zum Schutz der Bevölkerung, sondern vor allem auch des medizinischen Personals zwingend notwendig, solch eine verpflichtende Untersuchung einzuführen.



Eine frühzeitige Erkennung der Krankheit kann nicht nur das Leben der Einheimischen retten, sondern auch das der betroffenen Migranten“, so Dr. Christina Baum kritisch.

(\*1) Quelle: Robert Koch-Institut. Infektionsepidemiologisches Jahrbuch meldepflichtiger Krankheiten für 2016. Datenstand: 1. März 2017).

## Baum fordert mehr Transparenz bei geplantem Moscheebau in Buchen

Vermeehrt haben sich Bürger an das Büro der AfD-Landtagsabgeordneten Dr. Christina Baum gewandt und die fehlende Transparenz beim geplanten Moscheebau in Buchen bemängelt. Die Abgeordnete wandte sich daraufhin mit einer Anfrage an die Landesregierung. „Seit 2014 warten die Bürger auf eine konkrete Aussage, was nun auf sie zukommt. Durch dieses Hinhalten entsteht bei vielen der Eindruck, dass man der Öffentlichkeit etwas vorenthalten möchte.“, so Baum. Doch noch immer sind viele Fragen offen. „Welche Planung letzten Endes umgesetzt werden soll, konnte man mir immer noch nicht mitteilen. Klar ist, dass sowohl eine Koranschule, als auch ein Minarett noch immer im Gespräch sind.“, erfuhr die Abgeordnete. Von der Türkisch-Islamischen Gemeinde erwarte sie, dass die Vorhaben schon

vorab offengelegt werden. „Ich denke, das verlangt schon allein der Respekt vor der heimischen Bevölkerung, die dem Bau auch erst einmal zustimmen müsste.“

Bedenken gegenüber dem Bauträger  
Kritisch steht die Abgeordnete auch dem Bauträger gegenüber. „Es ist unglaublich, wenn Politiker gegen Erdogan und seine Politik protestieren, wir es aber dann zulassen, dass mit DITIB eine türkische Staatorganisation in Buchen einen Stützpunkt ausbauen darf. Wir wissen noch nicht einmal, wer den Bau finanzieren wird. Wir wollen keine türkische Einflussnahme unter dem Deckmantel der Religion.“ Baum sieht auch die Gefahr der Beeinflussung, insbesondere von Kindern der anliegenden Schule. „Zwar betont die Stadt, dass ihr bisher keine solchen Probleme bekannt seien, aber das ist eben immer so, solange Muslime deutlich in der Minderheit sind. Ändern sich die Mehrheitsverhältnisse, ist es schnell vorbei mit der Toleranz für andere Lebensweisen und damit auch mit der Weltoffenheit Buchens.“ Laut Medienberichten prüft das Bundesamt für Verfassungsschutz derzeit eine Beobachtung von DITIB.



## Kein weiterer NSU-Untersuchungsausschuss ohne neue Beweise!

**Stuttgart.** Scharfe Kritik am baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschuss und der

ausschließlich parteipolitisch motivierten Ausgrenzung der AfD-Mitglieder durch die anderen Landtagsparteien übt AfD-Obfrau Dr. Christina Baum. „Diese Ausgrenzung lässt angesichts der Ernsthaftigkeit und der Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses mit Sicherheit viele Menschen kopfschüttelnd zurück“, so die AfD-Abgeordnete. „Der Ausschuss hatte nicht nur die Aufgabe, den Tod der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter aufzuklären und Zweifeln das Vertrauen in den Staat zurückzugeben, sondern bot auch die einzigartige Möglichkeit, den Hinterbliebenen Antworten auf die vielen offenen Fragen zu eröffnen und das Ansehen der Sicherheitsbehörden wiederherzustellen. Unser Aufklärungswille wurde nicht nur blockiert, sondern es wurde sogar immer wieder versucht, eine Nähe oder Verbindung unserer Partei zum NSU herzustellen. Doch wer unsere politische Mitarbeit verhindert, begreift die Wesenszüge einer echten Demokratie nicht!“

Zumindest am Anfang seien die AfD-Abgeordneten noch überzeugt gewesen, dass bei einem derart ernsthaften Thema – das das grundsätzliche Vertrauen großer Teile der Bevölkerung in den Staat ohnehin schon in Frage gestellt hat – die bestehenden ideologischen Hürden fallen würden und es einzig und allein um eine ehrliche Aufarbeitung ginge, so Dr. Christina Baum. „Der Verpflichtung unseres politischen Mandats folgend und nicht dem Druck des politischen Gegners nachgebend, haben wir uns unvoreingenommen mit der Materie beschäftigt. Doch für die meisten war die Geschichte des NSU schon vor Beginn geschrieben und erzählt. Es ging nur noch darum, möglichst viel politischen Profit aus der Geschichte zu schlagen und einen Willen zur Aufklärung vorzutauschen.“

### **AfD-Untersuchungsausschussmitglieder scheitern an Blockadehaltung**

Aus ihren umfangreichen Nachforschungen

und Analysen sowie den insgesamt 42, letztlich jedoch allesamt abgelehnten Beweisanträgen waren Dr. Christina Baum und ihr Fraktionskollege Hans Peter Stauch zu anderen Schlussfolgerungen als alle anderen Fraktionen gekommen. Deshalb wurde durch die AfD schließlich eine eigene Bewertung und Empfehlung vorgelegt. „Als Grundlagen unserer Beweisanträge dienten Widersprüche, die wir geklärt haben wollten. Wer unseren Bericht liest, wird feststellen, dass wir ganz konkreten Anhaltspunkten nachgegangen sind, die sich aus dem Aktenstudium und den Zeugenaussagen ergaben“, so die AfD-Obfrau. Diese seien jedoch aufgrund der Blockadehaltung der anderen Ausschussmitglieder im Sand verlaufen.

### **Missbrauch des Untersuchungsausschusses für eigene politische Ziele der Kartellparteien**

Mit Nachdruck weist die AfD-Obfrau darauf hin, dass ihre Partei im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen jede Form des Extremismus konsequent ablehnt. „Extremismus bedeutet für uns Aufruf, Unterstützung oder Anwendung von Gewalt, um politische Ziele durchzusetzen. Deshalb kann es bei der Extremismusbekämpfung auch keine Einschränkung bei der Ausrichtung geben“, so Dr. Christina Baum. „Der Kampf muss gleichermaßen gegen alle Formen geführt werden. Dazu gehört vor allem auch der islamische und linke Extremismus, der für die anderen Parteien jedoch nur eine Randnotiz darstellt.“ Die einseitige Fokussierung auf vermeintlichen Rechtsextremismus habe folgerichtig zu einem differenzierten Abstimmungsverhalten der AfD-Ausschussmitglieder geführt, so Dr. Christina Baum. „Letztlich blieb uns gar keine andere Wahl, als alle Empfehlungen des Ausschusses, die einseitig waren und nur dem Rechtsextremismus galten, abzulehnen!“

Nach Auffassung der AfD sei der NSU-Un-

tersuchungsausschuss von Anfang an dazu missbraucht worden, eigene politische Ziele durchzusetzen. „Das ging so weit, dass aufrechte Mitbürger mit dem Stempel des Rechtsextremismus gebrandmarkt wurden, die die eigenen Traditionen lieben und bewahren wollen und für Frieden und Freiheit ihres Volkes und ihrer Heimat eintreten“, so Baum. „Sie auf eine Stufe mit Terroristen stellen zu wollen, ist wirklich unfassbar! Die AfD wird sich nicht an dem infamen Plan beteiligen, einen großen Teil der Gesellschaft als Rechtsextreme auszugrenzen, zu denunzieren und die Kinder umzuerziehen.“

## Lucha-Äußerungen zu ausländischen Pflegekräften sind Armutszeugnis für Baden-Württemberg

„Ein hoch entwickeltes, reiches Land wie Deutschland soll sich Pflegekräfte von den Philippinen und aus Tunesien holen, die selbst Entwicklungsländer sind und Entwicklungshilfe von Deutschland erhalten. Das ist ein Armutszeugnis und eigentlich eine Lachnummer“, so die sozialpolitische Sprecherin Dr. Christina Baum zu den aktuellen Äußerungen von Sozialminister Manfred Lucha zum Pflegenotstand in der Pflege. „Über Jahre hat es die Landesregierung versäumt, sich über ein nachhaltiges Konzept zum Fachkräftemangel zu kümmern, und nun werden völlig unsinnige Konzepte vorgelegt. Davon

abgesehen, dass sich die Landesregierung mit einer solchen Äußerung auch auf einer weiteren Ebene völlig entblößt: Müssen wir nun von Entwicklungsländern lernen, wie man Pflegekräfte über den eigenen Bedarf ausbildet?“

300 000 fehlende Pflegekräfte bis 2030 fehlen, davon allein 200 000 in der Altenpflege



Da sich das Problem in Zukunft noch deutlich verschärfen wird, ist nach Auffassung der AfD-Abgeordneten eine nachhaltige Lösung überfällig. „300 000 Pflegekräfte werden laut Prognosen des Deutschen Pflegerats bis 2030 fehlen, davon allein 200 000 in der Altenpflege. Ich sage es nochmals in aller Deutlichkeit: Die Fachkräfte sind in Deutschland vorhanden. Es herrschen allerdings haarsträubende Arbeitsbedingungen und eine Bezahlung, die nicht der Leistung der Pfleger gerecht wird“, bemängelt Dr. Christina Baum. „Zehntausende haben ihre Arbeitsstelle deswegen verlassen. Hier muss angepackt werden, um die Attraktivität des Pflegeberufes wiederherzustellen! Nehmen wir endlich Geld in die Hand, um Pflegekräfte so zu bezahlen, dass es sich lohnt, einer solch verantwortungsvollen Arbeit nachzugehen!“

